



INTEGRATIONSKONZEPT DER STADT KREFELD

FORTSCHREIBUNG 2016 – 2019

Dabei sein. Aktiv werden. Vielfalt leben.



INHALT

GRUßWORT	4
VORWORT	5
1. EINLEITUNG	6
2. WAS IST INTEGRATION? EINE BEGRIFFSBESTIMMUNG	8
3. INTEGRATIONSPOLITIK IN BUND UND LAND NRW	12
4. INTEGRATION IN KREFELD	16
5. METHODISCHE VORGEHENSWEISE	19
6. ZIELE UND MASSNAHMEN DER INTEGRATIONSARBEIT	21
6.1 „Potenziale entdecken – Stärken fördern“: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund	21
6.1.1 Die Maßnahmen im Einzelnen	23
6.2 Wege und Hindernisse der beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten	28
6.2.1 Die Maßnahmen im Einzelnen	30
6.3 „Aktiv gestalten!“ – Teilhabe am gesellschaftlichen Leben	33
6.3.1 Die Maßnahmen im Einzelnen	35
6.4 „Toleranz fördern – Interkulturelle Kompetenz stärken“: Vielfalt in Krefeld	35
6.4.1 Die Maßnahmen im Einzelnen	37
6.5 Interkulturelle Öffnung von Einrichtungen der Kultur, des Sports und der Gesundheit	42
6.5.1 Die Maßnahmen im Einzelnen	43
7. AUSBLICK	46
7.1 Die Zukunft des Integrationskonzeptes der Stadt Krefeld	46
7.2 Neustrukturierung Fachbereich „Migration und Integration“	47
IMPRESSUM	51

GRÜßWORT

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Einwanderung gehört schon lange zum Krefelder Selbstverständnis. Unsere Stadt konnte im 19. Jahrhundert auch deshalb so aufblühen, weil sie sich weltoffen und tolerant gab, weil sie zum Anziehungspunkt für Menschen aus nah und fern wurde. Das muss man wissen, wenn man heute über Integration spricht: Ja, dieser Weg ist eine Herausforderung – aber er ist auch eine riesige Chance.

Vor Ihnen liegt das Integrationskonzept der Stadt Krefeld. Es fasst zusammen, was in den vergangenen Jahren in diesem Bereich passiert ist, und benennt sehr konkret künftige Projekte und Konzepte. Dabei wird klar, dass Integration so vielschichtig und individuell ist wie die Geschichten der Menschen, die zu uns kommen. Niemand verfügt in dieser Hinsicht über einen Generalschlüssel.

Gleichwohl hat Integration aus meiner Sicht viel mit einer grundsätzlichen Haltung zu tun. Wir dürfen die Probleme nicht verschweigen, aber sie dürfen auch nicht im Mittelpunkt unserer Überlegungen stehen. Im Kern muss es darum gehen, Potenziale zu entdecken, konkrete Hindernisse aus dem Weg zu räumen und Teilhabe auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu ermöglichen. Wenn uns das gelingt, werden wir von

einander profitieren und viel vom anderen lernen.

Viele gute Schritte sind bereits getan: Der neue Fachbereich Migration und Integration hat seine Arbeit aufgenommen,

die Flüchtlingskoordinatorin vernetzt die Stadt mit dem Ehrenamt, das Kommunale Integrationszentrum ist der Dreh- und Angelpunkt für Projekte, die der Gleichberechtigung und Teilhabe zugewanderter Menschen dienen. Trotz dieser guten Basis haben wir noch viel Arbeit vor uns – das Integrationskonzept bietet dafür eine verlässliche Orientierung.

Ich danke allen, die daran mitgearbeitet haben, und natürlich allen, die Integration als gesellschaftliche Aufgabe annehmen und mit großem Einsatz vorantreiben.

Ihr



Frank Meyer,

Oberbürgermeister der Stadt Krefeld



VORWORT

Vor vielen Jahren war Integration eher ein Thema am Rande, für eine bestimmte Zielgruppe definiert, so etwas wie ein „Sonderthema“, mit dem man sich wenig bis gar nicht auseinandersetzte. Hinzu kommt, dass der Begriff „Integration“ häufig als Einbahnstraße gesehen wird, in der neuzugewanderte Menschen die Aufgabe haben, sich der Mehrheitsgesellschaft anzupassen, denn eine Integration „in die“ Gesellschaft gibt es nicht. Vielmehr müssen sich innerhalb einer Einwanderungsgesellschaft die Institutionen anpassen, um den Zugewanderten Zugangswege zu eröffnen. Auch rassistisches und diskriminierendes Denken und Handeln sind aufzudecken und zu bekämpfen.

Glücklicherweise sind wir heute weiter als vor einigen Jahren, vor allem weil sich Gesellschaften, Kommunen, Verwaltungen und Menschen verändern, auch in ihren Haltungen. Integration bedeutet ein Geben und Nehmen, von Zuwanderern wie auch von der Mehrheitsgesellschaft, ein voneinander Lernen, aber nicht als Einbahnstraße, sondern mit gegenseitigem Verständnis, mit Respekt und mit Anerkennung.

Krefeld bietet vielen Menschen eine neue Heimat und damit der Begriff „Integration“ nicht als Worthülle verkommt, bedarf es in jedem gesellschaftlichen Kontext konkreter Handlungen und entschlossener Menschen. Vielfalt ist ein Türöffner und wirkt bereichernd und unterstützend in einer Gesellschaft, um in Zukunft von einer Inklusion und nicht mehr von reiner Integration zu sprechen. An dieser Stelle greift die Verwaltung in vieler Hinsicht in die Geschicke einer Kommune ein.

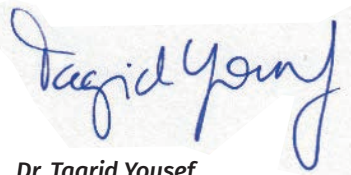
Das vorliegende Integrationskonzept als Ergebnis vieler Engagierter in und außerhalb der Verwaltung zeigt

konkrete Handlungsfelder auf, die die Vokabel Integration mit Leben füllen. Das Kommunale Integrationszentrum wirkt dabei als Koordinierungsstelle und verfolgt das Ziel, dass alle Beteiligten an einem Strang ziehen.

Viele Schritte sind getan, es wurden etwa neue aktive Gremien wie der „Dialog der Religionen“ ins Leben gerufen oder in ihrer Entstehung begleitet etwa ein Dachverband der Migrantenorganisationen – mit einem „Status Quo“ geben wir uns jedoch nicht zufrieden. Damit Integration ein fortlaufender Prozess ist und dauerhaft mit Leben gefüllt wird, arbeiten wir gemeinsam in der Verwaltung, Institutionen, Ehrenamtlichen und Bürgerschaft jetzt und in Zukunft zusammen. Das vorliegende Konzept hilft dabei und bietet konkrete Handlungsansätze.

Als Integrationsbeauftragte ist es mir ein Anliegen, das sich Vielfalt und Teilhabe an alle richtet. Das Integrationskonzept ist das Ergebnis eines umfangreichen Beteiligungsprozesses aller Krefelder Instanzen.

Vielen Dank für Ihr Engagement!
Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit,
Ihre



Dr. Tagrid Yousef,
Integrationsbeauftragte der Stadt Krefeld



1. EINLEITUNG

Kommunen (Städte, Landkreise und Gemeinden) haben seit mehreren Jahrzehnten praktische Erfahrungen in der Integrationsarbeit. Der gelebte Integrationsprozess findet auch vor Ort statt, da wo Menschen aufeinandertreffen, können durch Begegnung Vorurteile abgebaut und ein Selbstverständnis für die kulturelle Vielfalt entwickelt werden. Seit einigen Jahren befindet sich das Selbstverständnis auch in der kommunalen Integrationsarbeit in Krefeld im Wandel. Integration ist, verstärkt durch den Trend der demografischen Entwicklung, auch in das Blickfeld der Kommunalpolitik gerückt und zur zentralen kommunalen Aufgabe definiert worden. Vielfalt zeichnet aber auch die Menschen aus, die nach Deutschland zuwandern. Integration in „die“ Gesellschaft im klassischen Sinne gibt es nicht. Es gibt nicht die Menschen mit Migrationshintergrund. Die Struktur der Zuwanderinnen und Zuwanderer ist, wie bei der einheimischen Bevölkerung auch, sehr heterogen, sowohl in Bezug auf Kultur, als auch auf die Ausübung der Religion oder des Bildungsgrades. Diese eher soziodemografischen Beschreibungen reichen nicht mehr aus, wenn Verwaltung und Politik Antworten darauf finden will, wie erfolgreiche Integrationsarbeit gesteuert werden kann. Ebenso ist vorauszusetzen, dass nicht nur die Menschen mit Migrationshintergrund Adressatinnen und Adressaten dieser Aufgabe sind, sondern auch in gleicher Weise die Menschen, die Mitglieder der deutschen Mehrheitsgesellschaft sind.

Im Rahmen des Paradigmenwechsels der Inklusion – also der Integration als Prozess hin zu einer inklusiven Gesellschaft (vgl. z.B. Montagstiftung) – ist es Ziel der Integration, die Vermittlung aller Schlüsselkompetenzen für alle Bürgerinnen und Bürger noch selbstverständlicher werden zu lassen. Das „Lebenslange Ler-

nen“ ist dabei Teil der Veränderungen der Lebenswelt und befähigt, im Kontext der sich verändernden Gesellschaft, zu Erweiterungen der individuellen Möglichkeiten (Stichworte: Demografischer Wandel / Digitalisierung / Globalisierung / Lebenslanges Lernen etc.). Selbstverständlich betrifft dies auch das Lebenslange Lernen von Menschen mit Migrationshintergrund. Dieser Wunsch umfasst alle Akteure, denn Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die von der Definition von Erwartungen, der Reflexion impliziter Erwartungen und dem Schaffen von Rahmen und Möglichkeiten lebt.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit und kulturelle Vielfalt die Leitprinzipien für alle sind. Integration bedeutet Anerkennung und gleichberechtigte Teilhabe.

Fundament unserer Gesellschaft und unseres Zusammenlebens ist das Grundgesetz. Auf der Grundlage des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland müssen sowohl die einheimische Bevölkerung, als auch die zugewanderten Bürgerinnen und Bürger sowie alle Akteure aus der Bürgergesellschaft, der Staat und die Wirtschaft daran gleichermaßen in Offenheit und Veränderungsbereitschaft mitwirken.

Vielfalt zu gestalten, das Miteinander aller Menschen zu ermöglichen, die sich daraus ergebenden Potenziale wahrzunehmen und mögliche Konflikte gering zu halten, sind die wesentlichen Herausforderungen einer Kommune. In der Umsetzung bedeutet dieser Paradigmenwechsel ein koordiniertes, planmäßiges Vorgehen, in das sowohl Politik, Verwaltung, als auch Bürgerinnen und Bürger eingebunden werden. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, hat der Rat der Stadt Krefeld im April 2009 die Erstellung eines Integrationskonzeptes in Auftrag gegeben. Das Konzept wurde in einem fast einjährigen Prozess erarbeitet und im März 2010 vom Stadtrat verabschiedet. Das Integrationskonzept bildete die Grundlage für die Weiterentwicklung der kommunalen Integrationsarbeit in Krefeld. Mit dem nun überarbeiteten Integrationskonzept geht die Stadt Krefeld nach der Integrationskonferenz 2016 einen weiteren Schritt.

In diesem Sinne ist auch dieses Integrationskonzept nicht abgeschlossen, sondern lässt die Möglichkeit, es weiterzudenken, zu gestalten und Umsetzungsideen einzubringen. Die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Integrationskonferenz zahlreich eingegangenen Anregungen und Vorschläge wurden soweit es möglich ist, aktiv eingenommen und in das Konzept eingearbeitet.

*Als eine
weltoffene und
pluralistische
Stadt ist
Krefeld sowohl
historisch als
auch gegen-
wärtig durch
Zuwanderung,
Internationalität
und Diversität
geprägt.*

2. WAS IST INTEGRATION? EINE BEGRIFFSBESTIMMUNG

Definition von Personen mit Migrationshintergrund laut Mikrozensus:

1. **Ausländische Staatsangehörige.**
2. **Deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund**
 - a. Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler
 - b. Personen, die durch Einbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen
 - c. Kinder von Zuwanderinnen und Zuwanderern ausländischer Staatsangehörigkeit, die bei Geburt zusätzlich die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten.
3. **Personen, bei denen mindestens ein Elternteil ausländischer Staatsangehörigkeit oder Spätaussiedlerin oder Spätaussiedler ist oder die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung besitzt.**

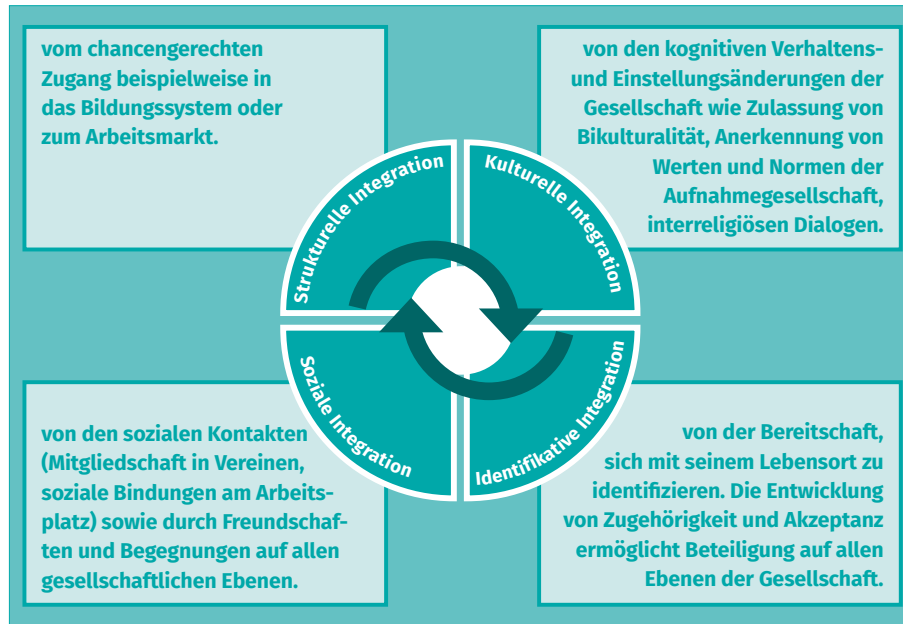
Über den Begriff der Integration wurde seit den 60er Jahren eine Fülle von Definitionen angefertigt. In den letzten Jahren hat sich das Begriffsverständnis zunehmend dahingehend entwickelt, dass die Integration als Querschnittsaufgabe verstanden wird und sich durch viele gesellschaftliche Bereiche wie Wirtschaft, Arbeit, Kultur und Sport zieht. In den 80er und 90er Jahren waren die Integrationsangebote auf die Kompensation der Defizite gerichtet. Dieses Denken wurde in den letzten Jahren einem grundlegenden Wandel unterzogen. Auch die kommunalen Integrationsmaßnahmen in Krefeld zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich dem ressourcenorientierten Integrationsansatz verpflichtet haben. Ein ressourcenorientierter Integrationsansatz setzt voraus, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nicht in erster Linie Defizite mit in die Stadt bringen, sondern vor allem ihr Potenzial, ihren Gestaltungswillen, ihre Fertigkeiten sowie ihre kulturellen Traditionen. Im Integrationskonzept 2010 der Stadt Krefeld wurden basierend auf dieser Präambel die wesentlichen Eckpunkte der Integrationspolitik wie folgt definiert:

„Integration bezeichnet einen dynamischen, individuellen und gesellschaftlichen Prozess, der per Definition nie zu einem Abschluss kommen kann und daher sowohl durch die Einzelpersonen, als auch durch das Gemeinwesen dauernd aktiv gestaltet werden muss. Integration ist ein wechselseitiger Prozess zwischen Aufnahmegesellschaft und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, um Isolation und Misstrauen untereinander zu überwinden. Sie will keinesfalls die Nivellierung individueller Eigenarten, sondern ein Zusammenleben in Respekt für den Anderen und in Anerkennung von Differenz“

(Integrationskonzept Krefeld, 2010).

Bezogen auf das soziale Zusammenleben bedeutet Integration hier, dass kulturell und anderweitig verschiedene Personen und Gruppen einer Gesellschaft gleichberechtigt zusammenleben, den Abbau von Diskriminierung voranbringen und die gegenseitige Akzeptanz und Anerkennung fördern.

Diese theoretische Position ist in Deutschland am genauesten von den Soziologen Esser formuliert worden. Gelungene Integration ist aus gesellschaftswissenschaftlicher Sicht von folgenden Dimensionen abhängig:



Der Prozess der Integration ist ein dauerhafter Prozess der Verständigung und des Aushandelns der Regeln im gemeinsamen Zusammenleben.

Leitziele

Leitziel
Vernetzung

Leitziel
interkulturelle
Öffnung des
Personals

Leitziel
Kultur:
Öffnung der
Programme

Leitziel
Information
Vorgabe
verbessern

Leitziel
Kultur in
die Stadt
~~einbringen~~
tragen

Leitziel
Aktivierung
der Menschen

Leitziel
Lehr. Erfassung
von
Projekten usw.

Leitziel
mehr Kom.
zw. den
Bereichen

Leitziel
gemeinsame
Interessen
entdecken

Leitziel
Komm. mit
den MSO's

Leitziel
mehr gem.
VA's von
Kultur, Sport

Projektidee

Workshop 5
Interkulturelle Öffnung von Einrichtungen der
Kultur, des Sports und der Gesundheit

Leitziel
Anführer
d. d. Gruppe

Projekt
Aktualisierung
der Vorteile
+ Austausch

Projekt VHS
Bundesfrei-
willigen Dienst

Projekt:
VA-Kalender
von allen
Bereichen

Für Senioren
Öffnung der
Begegnungs-
zentren

Projekt VHS
Bedarf feststellen
+ weiterleiten

Projekt:
Umfrage zur
Interessens-
feststellung

Projekt
Zentrale
Listung der
Treffpunkte/VR
Projekt

Projekt
Statistische
Erfassung
von Be./
o. d. Nutzern

3. INTEGRATIONSPOLITIK IN BUND UND LAND NRW

Die Debatte um Zuwanderung und die damit verbundenen strukturellen Rahmenbedingungen für die Kommunen haben sich in Deutschland in den letzten Jahren grundlegend verändert. Als wichtige Etappen dabei sind die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts (2000), das Zuwanderungsgesetz (2005) und die Erstellung des Nationalen Integrationsfahrplans (2007) zu nennen. Zahlreiche integrationspolitische Maßnahmen werden durch Förderprogramme der EU, des Bundes und der Länder gefördert. Allerdings hat sich die Umsetzung der gesetzlich nicht vorgeschriebenen Aufgaben der Integration in den Ländern und Kommunen institutionell unterschiedlich entwickelt. Dies führt somit zu einer deutlich heterogenen Landschaft kommunaler Integrationspolitik. Als erstes Flächenland hat Nordrhein-Westfalen am 08. Februar 2012 das Teilhabe- und Integrationsgesetz mit dem Ziel verabschiedet, flächendeckende Strukturen der örtlichen Integrationspolitik zu unterstützen. Die Landesregierung hat mit dem neuen Integrationsgesetz frische Akzente im Sinne eines friedlichen und guten Zusammenlebens aller Menschen in Nordrhein-Westfalen mit der Absicht gesetzt, mehr soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit für Menschen mit Migrationshintergrund zu schaffen. Wesentlicher Teil dieses Gesetzes sind die inzwischen landesweit existierenden 54 Kommunalen Integrationszentren in NRW. Mit diesem Gesetz ist es Kreisen und kreisfreien Städten nach § 7 des Landesintegrationsgesetzes möglich, ein vom Land finanziell gefördertes Kom-

munales Integrationszentrum einzurichten. Die Antragsteller müssen als Voraussetzung dafür u.a. über ein Integrationskonzept verfügen, welches vom Rat oder Kreistag verabschiedet wurde. Den Kreisen und kreisfreien Städten werden für das Kommunale Integrationszentrum jeweils zwei Lehrerinnen- oder Lehrerstellen durch das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen sowie durch das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen die Kosten für zwei sozialpädagogische Fachkräfte, eine Verwaltungsfachkraft und eine halbe Stelle für eine Verwaltungsassistenz finanziert.

(Auszug aus dem Landesintegrationsgesetz)

§ 7 Kommunale Integrationszentren

Das Land fördert auf der Grundlage entsprechender Förderrichtlinien Kommunale Integrationszentren in Kreisen und kreisfreien Städten, die über ein Integrationskonzept verfügen. Damit sollen im Einvernehmen mit den Gemeinden

1. Angebote im Elementarbereich, in der Schule und beim Übergang von Schule in den Beruf in Zusammenarbeit mit den unteren Schulaufsichtsbehörden unterstützt werden, um die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu verbessern.

2. Die auf die Integration und das Zusammenleben in Vielfalt bezogenen Aktivitäten und Angebote der kommunalen Ämter und

Einrichtungen sowie der freien Träger vor Ort koordiniert werden.

(2) Die Kommunalen Integrationszentren machen ergänzende Angebote zur Qualifizierung der Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen, in Schulen und in sonstigen Bildungseinrichtungen hinsichtlich einer Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowie einer Zusammenarbeit mit den zugewanderten Eltern.

(3) Das Land unterhält eine zentrale Stelle für die Beratung, Begleitung und den Informationsaustausch der in den Kreisen und kreisfreien Städten eingerichteten Kommunalen Integrationszentren.

(4) Für Integrationsprojekte mit landesweiter Bedeutung kann das Land im Einvernehmen mit den betroffenen Kommunen die Strukturen der Kommunalen Integrationszentren nutzen. Das Land verfolgt mit

der Förderung der Kommunalen Integrationszentren Strategien, um die Bildungserfolge von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund zu verbessern. In den Integrationszentren sollen zukünftig die beiden Förderrichtlinien „Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA)“ und das Programm „KOMM-IN“ zusammengeführt werden.

Daraus ergeben sich aus dem Landesintegrationsgesetz NRW folgende Handlungsschwerpunkte:

INTEGRATION ALS QUERSCHNITT

Ein Schwerpunkt der Kommunalen Integrationszentren liegt darin, Integrationsarbeit als Querschnittsaufgabe auszugestalten. Hierbei kommen prinzipiell alle Handlungsfelder der Integrationsarbeit in Betracht, z.B. Arbeit, Sport, Gesundheit, Wirtschaft und Kultur. Arbeitsansätze können z.B. die interkulturelle Ausrichtung von Kultureinrichtungen, die Integration von Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund in das Netzwerk der Altenhilfe oder die Unterstützung von Unternehmerinnen und Unternehmern mit Migrationshintergrund sein. Darüber hinaus kommt der Sozialraumorientierung in allen Handlungsfeldern ein hoher Stellenwert zu.

FRÜHE BILDUNG UND ELEMENTARBEREICH

In der frühen Bildung werden wichtige Weichen für die Entwicklung der Kinder gestellt. Familien mit Migrationshintergrund haben ein großes Interesse an einer bestmöglichen Erziehung und Bildung ihrer Kinder. Wie alle Familien benötigen sie gute Informationen und verlässliche Partner, damit sie ihre Kinder möglichst gut fördern und in den Kindertageseinrichtungen mitwirken können. Die Kommunalen Integrationszentren engagieren sich in diesem Bereich mit dem Ziel, dass das Aufwachsen von Kindern mit Migrationshintergrund in NRW zukünftig noch besser gelingt. Sie sind kompetente Partner bei der Beratung und Qualifizierung von Fachkräften und Multiplikatoren. Sie beraten und begleiten Einrichtungen und Verwaltungen bei der interkulturellen Öffnung im Elementarbereich. Einen besonderen Stellenwert nehmen dabei die Themen „durchgängige sprachliche Bildung“ und „die Zusammenarbeit mit Eltern“ ein. Angeboten werden beispielsweise bewährte Programme wie Griffbereit und Rucksack-Kita. Auch Fortbildungen für Erzieherinnen und Erzieher, Hebammen, Gesundheitsdienste, Multiplikatoren aus Elternvereinen und konzeptionelle Unterstützung werden ermöglicht.

INTERKULTURELLE SCHULENTWICKLUNG

Der Bildungserfolg von Kindern mit Migrationshintergrund hängt von einer Vielzahl von Einflussfaktoren ab. Im Sinne des neuen Gesetzes zur gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in NRW orientiert sich interkulturelle Schulentwicklung an der in der Schulrealität gegebenen Vielfalt. Jedem Kind sollen optimale Lernbedingungen geboten werden.

In diesem Sinne bieten die Kommunalen Integrationszentren

- Beratung von Schulen, Schulämtern, Studienseminaren sowie kooperierender Institutionen
- Fortbildungen für das gesamte pädagogische Fachpersonal, auch in Ganztags- und Inklusion
- Begleitung von Schulen bei ihrem Prozess der interkulturellen Öffnung
- die Weitervermittlung und Verbreitung guter Praxis, die Entwicklung geeigneter Lehr- und Lernmaterialien

ÜBERGANG SCHULE BERUF

Junge Menschen mit Migrationshintergrund sind noch immer – trotz positiver Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und der Anstrengungen vieler Beteiligten – mehr als andere von Brüchen und Risiken im Übergang von der Schule in den Beruf betroffen. Deshalb setzen die Kommunalen Integrationszentren an diesem wichtigen Bildungsübergang an. Grundlegend ist dabei die Ausrichtung an den Stärken der Jugendlichen. Ihre Kompetenzen sollen in den Blick genommen werden. Hierzu sollen neben den schulischen auch die außerschulischen Lernorte und Einflüsse genutzt werden.

Die Kommunalen Integrationszentren sind Partner für die Verankerung der Diversität in der von der Landesregierung begonnenen Neugestaltung des Übergangssystems Schule-Beruf in den Regionen. Dabei bringen sie erprobte Ansätze und Projekte in den Bereichen „Zusammenarbeit mit Eltern“, „durchgängige Sprachbildung“ und „Potenziale fördern – Zugangsbarrieren abbauen“ ein.

(<http://www.kommunale-integrationszentren-nrw.de/>)

4. INTEGRATION IN KREFELD

Die Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte (RAA) in Krefeld wurde zum 01.08.2013 in ein Kommunales Integrationszentrum (KI) überführt. Durch das Land wurde festgelegt, dass die antragstellenden Gebietskörperschaften im Förderantrag alle zwei Jahre je einen Schwerpunkt zu den Handlungsfeldern „Integration durch Bildung“ und „Integration als Querschnittsaufgabe“ formulieren. Neben den kommunalen Handlungsfeldern Arbeit, Wirtschaft, Sport, Kultur und Gesundheit hat sich das KI bis Ende 2017 auf Aktivitäten in den Handlungsfeldern „Integration durch Sport“ und „Integration durch Bildung“ festgelegt. Die Stadt Krefeld hat mit dem KI eine Institution geschaffen, die den Überblick über die zahlreichen Maßnahmen und Aktivitäten im Themenfeld Integration in Krefeld gewährleistet. Es pflegt regelmäßige Kontakte zu allen Akteuren in der Krefelder Integrationsarbeit, berät Vereine, Migrantenorganisationen, Unternehmen, Verbände und gibt Unterstützung bei der Erarbeitung neuer Projekte. Die Förderung der Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wird aktuell bereits durch die Mitarbeit des Fachbereiches Migration und Integration am Aktionsplan „Wirtschaft für Krefeld“ umgesetzt. Das KI arbeitet vernetzend mit allen integrationsrelevanten Akteuren in Krefeld zusammen. Neben dem KI engagieren und arbeiten zahlreiche Menschen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Herkunft und

verschiedenster Berufe in Arbeitskreisen, politischen Ausschüssen, Vereinen, Organisationen und Einrichtungen, Trägern und Integrationsagenturen. Sie bieten unterschiedlichste Projekte und Aktivitäten an. Erfolgreich werden diese vielen Aktivitäten, weil sich professionelle Dienste untereinander austauschen und sich mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern vernetzen. Nur wenn alle unterschiedlichen Bereiche ineinander greifen, kann die Integration als Querschnittsaufgabe erfolgreich sein. Die Integrationsarbeit in Krefeld gestaltet sich wie nachfolgend dargestellt in vielfältigen Formen.

Der Integrationsrat spielt als parlamentarisches Gremium der Stadt Krefeld hier eine wichtige Rolle. Er vertritt die Interessen der Migrantinnen und Migranten auf kommunalpolitischer Ebene und setzt sich für Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe in allen Bereichen des politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Zusammenlebens ein.

In Form eines Beirats fungiert des Weiteren der seit 40 Jahren bestehende Arbeitskreis für Zuwanderung und Integration. Er engagiert sich ebenfalls für die politische, rechtliche, soziale und kulturelle Gleichstellung von Menschen mit Migrationshintergrund.

Ebenfalls eine wichtige Rolle spielen die Integrationsagenturen in der Stadt Krefeld.

Seit Anfang 2007 arbeiten die Integrationsagenturen für die Belange von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Trägerschaft der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, gefördert vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. In Krefeld sind es zwei Integrationsagenturen: die Caritas in der Region Krefeld und die Diakonie Krefeld & Viersen.

Hervorzuheben sind an dieser Stelle die Migrantenorganisationen. So unterschiedlich und vielfältig wie Migrantinnen und Migranten selbst sind auch ihre Organisationen. Es gibt beispielsweise Kultur und Sportvereine, religiöse Vereine und Religionsgemeinschaften, Arbeitervereine, Elternvereine sowie Unternehmerverbände in Krefeld. Die Migrantenorganisationen kennen die Bedürfnisse der Personen mit Migrationshintergrund aus eigener Erfahrung und spielen als Initiatoren, Ideengeber und Partner eine große Rolle in der Integrationsarbeit. Darüber hinaus setzt sich der Flüchtlingsrat e.V. seit 1995 aktiv für die Zielgruppe der geflüchteten Menschen ein.

Die Situationsveränderung durch steigende Flüchtlingszahlen hat in Krefeld zum Ausbau vieler Strukturen geführt. Die Stelle des Flüchtlingskoordinators ist vom Oberbürgermeister Frank Meyer mit der Person Dr. Hansgeorg Rehbein im November 2015 besetzt worden. Seit 2015 besteht auch eine Koordinierungsrunde mit dem Hintergrund, verwaltungsinterne Angebote zu entwickeln und abzustimmen. Unter Federführung des Flüchtlingskoordinators und der Bertelsmann Stiftung befindet sich gerade das gemeinsame Projekt „Angekommen – und nun? Integration von Geflüchteten vor Ort“ in der Umsetzung.

Mit dem Unterausschuss „Flüchtlinge“ ist 2016 eine weitere übergreifende politische Struktur entstanden, die die Hilfsangebote für die neu zugewanderten Flüchtlinge koordiniert.

In den Jahren 2016-2017 hat eine Begleitung durch die Bertelsmann Stiftung stattgefunden, in der es explizit um die Arbeitsmarktintegration neuzugewanderter Menschen ging. Die Ergebnisse der damaligen Steuerungsgruppe sind in ein gesamtstädtisches Handlungskonzept eingeflossen. Hierfür wurden systematisch Ideen und Bausteine der Arbeitsmarktintegration für Neuzugewanderte für die nächsten Jahre entwickelt. Diese wurden als konkrete Hilfestellungen, Wegweiser und konkrete Unterstützung gemeinsam ausgearbeitet. (Quelle: „Handlungskonzept: Arbeitsmarktintegration von Neuzugewanderten in Krefeld. Herausgeber: Stadt Krefeld der Oberbürgermeister, August 2017“)

5. METHODISCHE VORGEHENSWEISE

Das Integrationskonzept zählt zu den strategischen Steuerungsinstrumenten der kommunalen Integrationsarbeit. Hier wurden Leitziele zur Sicherung nachhaltiger Strukturen definiert und Handlungsempfehlungen bzw. Maßnahmen in den Handlungsfeldern formuliert, die an die ortsspezifischen Gegebenheiten anknüpfen. An der Ergebnissicherung beteiligten sich rund 100 fachkompetente Vertreterinnen und Vertreter von freien Trägern und Organisationen, die im Handlungsfeld Zuwanderung und Integration engagiert sind, sowie Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung und der Kommunalpolitik. Das Resultat der Arbeitsgruppen ist eine tragfähige Grundlage der gemeinsamen Arbeit.

Mit dem nun vorliegenden Konzept sind die Umsetzungsschritte für die nächsten Jahre festgelegt worden. Drei Elemente kennzeichnen die Entstehung des Konzepts:

- die Beteiligung aller relevanten Akteure innerhalb der Verwaltung, Schulen, der freien Träger, der Kirchen, Initiativen, Integrationsagenturen, Migrantenorganisationen und der vielen anderen Akteure in dieser Stadt;
- die Erfahrungen der Integrationsarbeit aus den vergangenen fünf Jahren;
- das transparent und messbar Machen des künftigen Integrationsprozesses anhand von konkreten Zielen und Indikatoren.

Die Vielfalt der folgend-genannten Handlungsfelder im Integrationskonzept 2010 zeigte auf, dass die Integration fast alle Lebensbereiche umfasst - berufliche wie private:

**Bildung und Sprache – Partizipation – Gender –
Interkulturelles Klima und Verständnis – Beruf und Arbeit**

In den Gesellschaftswissenschaften wird empfohlen, Handlungsfelder unter dem Gesichtspunkt von zusammengehörigen Aufgabenkomplexen und Zielgruppen zu entwickeln, um anhand von Inhalten eine Abstimmung in der Maßnahmenentwicklung zu erreichen. Anlehnend an diese methodische Kategorisierung wurde in den folgenden Handlungsfeldern von den beteiligten Akteuren eine Ergebnissicherung erreicht:

- „Potenziale entdecken – Stärken fördern“: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in ihrer Entwicklung zu fördern und zu fordern
- Wege und Hindernisse der beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten
- „Aktiv gestalten!“ – Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
- „Toleranz fördern – Interkulturelle Kompetenz stärken“: Vielfalt in Krefeld
- Interkulturelle Öffnung von Einrichtungen der Kultur, des Sports und der Gesundheit

Im ersten Schritt formulierten die Beteiligten im Januar 2016 auf der Integrationskonferenz die aus ihrer Sicht wichtigen Leitziele und Projektideen in den jeweiligen Handlungsfeldern. Für jede Projektidee stellten sie Ziele und benannten Indikatoren, anhand derer sich die Zielerreichung messen lässt. Soweit möglich wurden auch die Zuständigkeiten geklärt. In den weiteren Arbeitsgruppensitzungen wurde die Ergebnissicherung Ende August 2016 abgeschlossen. Diese Vorgehensweise und methodische Grundstruktur bilden das Fundament des Konzeptes, das erlaubt, den Stand der Zielerreichung zu verfolgen und entsprechend zu steuern. Nahezu alle in diesem Prozess erarbeiteten Maßnahmenempfehlungen sind in der hier vorgelegten Berichtsstruktur aufgenommen und in die einzelnen Themenfelder eingeflossen.

6. ZIELE UND MASSNAHMEN DER INTEGRATIONSARBEIT

Mit fünf Handlungsfeldern setzt das Integrationskonzept deutliche Schwerpunkte. Das Themenspektrum der Integration ist sehr breit und nicht alle Facetten konnten berücksichtigt werden. Vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen musste eine Priorisierung vorgenommen werden, da nicht alle Handlungsfelder und deren Ziele parallel erreicht werden konnten. Die Priorisierung wurde auf fünf Maßnahmen in den jeweiligen Handlungsfeldern festgelegt. Die Beschränkung bedeutet aber nicht, dass andere Themenbereiche aus dem Blickwinkel verschwinden. In diesen behandelten Themengebieten ist in der Vergangenheit schon viel bewegt worden. Das bedeutet daher nicht, dass die Integrationsarbeit von vorne anfängt. Die Arbeitsgruppen analysierten eingangs in der Integrationskonferenz Stärken und Schwächen vor allem dazu, um ihre Erfahrungen in künftige Vorhaben einzubringen.

6.1 „Potenziale entdecken – Stärken fördern“: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund

In diesem Handlungsfeld hat die Arbeitsgruppe folgende Leitziele erarbeitet:

- Wiederbelebung und Aktivierung des bestehenden Integrationsportals;
- Vermittlung von kulturellem Wissen;
- Verbesserung der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte;
- Einrichtung von Förder- und Beratungsangeboten für Eltern mit Zuwanderungsgeschichte.

Bildung ist der entscheidende Schlüssel zur sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Integration von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien. Hier ist es daher für den gesamten Bildungsverlauf von der Geburt bis zum Schulabschluss notwendig, die Potenziale von Kindern mit Migrationshintergrund systematisch zu fördern und ihnen frühzeitige Bildungschancen zu eröffnen. Fehlende Kenntnisse aus früheren Bildungsphasen, die nicht rechtzeitig kompensiert werden, wirken bis in den Übergang in Ausbildung und Arbeit fort. Insbesondere neuzugewanderte Kinder sind aufgrund ihrer fehlenden sprachlichen Kenntnisse stärker benachteiligt. Hier und generell ist es wichtig, die Familien als primäre Sozialisations- und Bildungsinstanz neben dem Schulalltag mit ergänzenden Projekten zu stärken und zu informieren. Die Zuwanderinnen und Zuwanderer in Krefeld sind eine sehr heterogene Gruppe. Je nach Herkunftsland und Zeitpunkt der Zuwanderung haben bzw. bringen sie ganz spezifische Probleme oder Potenziale mit. Neben der Stärkung der Kinder und ihrem familiären Umfeld ist es auch von Bedeutung, die pädagogischen Fachkräfte an den Schulen durch Fachtagungen bzw. Fortbildungen auf den Umgang mit den heterogenen Zuwanderergruppen vorzubereiten.

6.1.1 Die Maßnahmen im Einzelnen

In der Arbeitsgruppe „Potenziale entdecken – Stärken fördern“: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund wurden folgende Maßnahmen erarbeitet:

Interkulturelles Mentorinnen und Mentorenprojekt	
Ist-Zustand/ Handlungsrelevanz	Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass kulturelle Vielfalt als Potenzial erkannt und soziale oder ethnische Diskriminierung abgebaut werden. Um früh die Weichen richtig zu stellen und den Kindern eine faire Chance zu eröffnen, ist neben bestehenden Angeboten das Mentorenprojekt eine sinnvolle Ergänzung. Nicht nur die Kinder und Jugendlichen, sondern auch die Familien müssen als primäre Sozialisations- und Bildungsinstanz gestärkt und gefördert werden. Schule stößt hier an Grenzen. Sie kann nachhaltig nur arbeiten und zu Lösungen gelangen, wenn sie mit den Erziehungsberechtigten und deren Vertretungen, mit kommunalen Stellen wie Schul-, Jugend- und Ordnungsämtern, mit Kirchen, Vereinen und Polizei zusammenarbeitet. Mentorinnen und Mentoren aus den eigenen Kulturkreisen bauen Brücken zwischen den Kulturen und verbessern für viele junge Menschen aus Zuwandererfamilien die Integration in Deutschland.
Zielgruppe	Förderung der Kinder und Jugendlichen durch enge Kooperation zwischen Eltern und den pädagogischen Fachkräften.
Zielsetzung	Vorrangiges Ziel des Projektes ist die Integration der Schülerinnen und Schüler in das Schulsystem.
Maßnahmeninhalte/ Kurzbeschreibung/ Umsetzungsschritte	<ul style="list-style-type: none">• Akquise der Mentorinnen und Mentoren• Erstellung einer Datenbank zur Erfassung des Mentorenpools• Schulung der Mentorinnen und Mentoren und Schaffung eines Netzwerkes• Vermittlung der Mentorinnen und Mentoren• Evaluation des Projektes
Teilziele und Indikatoren (Kriterien)	Alle Kinder und Jugendliche besuchen regelmäßig die Schule und erhalten einen Abschluss.
Zuständigkeiten/ Kooperationspartner	FB 56/ KI in Kooperation mit dem Jugendamt der Stadt Krefeld, den Migrantenorganisationen und den Ordnungsämtern.
Dauer und Planung	Beginn 2017, fortlaufend, Überprüfung nach 2 Jahren.
Ressourcenbedarf	Personal und Sachkosten.

Sprach- und Kulturvermittlung im schulischen Bereich

Ist-Zustand/ Handlungsrelevanz	Für Neuzugewanderte gibt es viele Barrieren in einer für sie fremden Umgebung. In erster Linie erschweren die sprachlichen Barrieren den gleichberechtigten Zugang in die Schule bzw. in die Berufswelt. Die Sprach- und Kulturvermittler helfen Bürgerinnen und Bürgern und Institutionen, Sprachbarrieren zu überwinden, etwa bei Gesprächen zwischen Eltern und Kindertageseinrichtungen oder bei Elternsprechtagen.
Zielgruppe	Alle Schuleinrichtungen und Kindertagesstätten.
Zielsetzung	Unterstützung der Zugewanderten bei Informations-, Klärungs- und Beratungsgesprächen, bei Elternabenden oder Infoveranstaltungen oder auch beim Ausfüllen von Formularen und Verstehen von amtlicher Korrespondenz sowie bei der Übersetzung kürzerer schriftlicher Texte.
Maßnahmeninhalte/ Kurzbeschreibung/ Umsetzungsschritte	<ul style="list-style-type: none"> • Erweiterung der Sprachvermittlerpools nach dem bestehenden Bedarf • Stetige Akquise und Qualifizierung der Sprachvermittlerinnen und Sprachvermittler • Vermittlung des Serviceangebotes an Schulen und Kindertagesstätten
Teilziele und Indikatoren (Kriterien)	<ul style="list-style-type: none"> • Alle Schulen mit einer Seiteneinsteigerklasse werden in das Projekt integriert • Der Sprachvermittlerpool wird erweitert auf 50 Sprachvermittlerinnen und Sprachvermittler
Zuständigkeiten/ Kooperationspartner	Diakonie Krefeld & Viersen in Kooperation mit dem Kommunalen Integrationszentrum.
Dauer und Planung	Beginn 2016, Evaluation des Projektes 2018.
Ressourcenbedarf	<ul style="list-style-type: none"> • Personal und Referentenkosten • Sachkosten • Kosten Sprachvermittlerinnen und Sprachvermittler

Jährliche Fachtagungen für pädagogische Fachkräfte in unterschiedlichen Themenfeldern („DaZ-Tag“)

Ist-Zustand/ Handlungsrelevanz	Die Integration ist ein komplexer und vielschichtiger gesamtgesellschaftlicher Prozess. Nicht nur die Gesellschaft insgesamt, auch die Migrantenbevölkerung selbst ist vielfältiger geworden. Diese Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur sind eine große Herausforderung und bergen Konflikte wie Chancen. Es kommen durch nicht-homogene Zuwanderungsgruppen (z.B. Südosteuropa, geflüchtete Menschen) und Lebensbedingungen unterschiedliche Fragestellungen bei den pädagogischen Fachkräften im Arbeitsalltag auf.
Zielgruppe	Pädagogische Fachkräfte
Zielsetzung	Unterstützung der pädagogischen Fachkräfte bei ihrer täglichen Arbeit, Vernetzung untereinander
Maßnahmeninhalte/ Kurzbeschreibung/ Umsetzungsschritte	<ul style="list-style-type: none"> • Bedarfsaufnahme über die bei der Arbeit benötigten Themen • Organisation der Fachtagungen • Evaluation der Fachtagungen
Teilziele und Indikatoren (Kriterien)	Es findet jährlich eine Fachtagung mit zwei Themenblöcken statt.
Zuständigkeiten/ Kooperationspartner	Kommunales Integrationszentrum in Zusammenarbeit mit dem Kompetenzteam.
Dauer und Planung	Beginn 2017, fortlaufend. Überprüfung nach 2 Jahren.
Ressourcenbedarf	<ul style="list-style-type: none"> • Personalkosten und Referentenkosten • Tagungskosten • Sachkosten

Fortbildung der pädagogischen Fachkräfte an den Schulen: Vermittlung von interkultureller Kompetenz

Ist-Zustand/ Handlungsrelevanz	Pädagogische Fachkräfte stehen im Schulalltag immer häufiger vor interkulturellen Fragen, für deren Beantwortung sie in der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung meist nur unzureichend vorbereitet worden sind. Die pädagogischen Fachkräfte spielen aber in dem Lernprozess der Kinder und Jugendlichen eine zentrale Rolle. Die Förderung der Wahrnehmung und Akzeptanz kultureller Differenz, die Vermittlung von Werten und der Aufbau interkultureller Handlungskompetenzen bei den Schülerinnen und Schülern gehört zu den Herausforderungen des Schulalltags. Dieser Lernprozess setzt voraus, dass Lehrerinnen und Lehrer in ihrer Funktion als Multiplikatoren selbst über das nötige kulturelle Wissen verfügen.
Zielgruppe	Diese Fortbildung richtet sich an alle pädagogischen Fachkräfte an den Schulen.
Zielsetzung	Ziel der Fortbildungsreihe ist es, den teilnehmenden Lehrerinnen und Lehrern fundiertes Wissen über das Thema Kultur und Interkulturalität zu vermitteln und sie bei den interkulturellen Herausforderungen des Schulalltags zu unterstützen.
Maßnahmeninhalte/ Kurzbeschreibung/ Umsetzungsschritte	Die Fortbildung setzt sich aus 3 Modulen zusammen, wobei die in Modul 2 erarbeiteten praktischen Anregungen für den Unterricht den Schwerpunkt bilden. <ul style="list-style-type: none"> • Modul 1: Kultur, Interkulturalität und Migration • Modul 2: Didaktische Ansätze und Unterrichtsmaterial • Modul 3: Interkulturelle Konfliktlösung
Teilziele und Indikatoren (Kriterien)	<ul style="list-style-type: none"> • Unterschiedliche Schulformen nehmen an der Fortbildung teil • Nach der Veranstaltung werden die verschiedenen Aspekte der Fortbildung in Form von „Feedback-Bögen“ von den Teilnehmern erfasst • Die Reflexion der Teilnehmenden wird in der Entwicklung der künftigen Fortbildungsreihen berücksichtigt
Zuständigkeiten/ Kooperationspartner	Das Kommunale Integrationszentrum in Zusammenarbeit mit dem Kompetenzteam.
Dauer und Planung	Beginn 2017, fortlaufend. Überprüfung nach 2 Jahren.
Ressourcenbedarf	<ul style="list-style-type: none"> • Personalkosten und Referentenkosten • Tagungskosten • Sachkosten

Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit: Informationsplattform und Pressearbeit

Ist-Zustand/ Handlungsrelevanz	<ul style="list-style-type: none"> • Vorhandene Internetplattformen (z.B. krefeld-verbindet-menschen.de) sind wenig bekannt • Die relevanten Personen sind in der Öffentlichkeitsarbeit wenig bekannt • Verbesserungsbedarf an der Kommunikation zwischen den Trägern, der Verwaltung und dem Ehrenamt • Fehlende generationsspezifische Öffentlichkeitsarbeit • Mehrsprachiger Zugang fehlt
Zielgruppe	Alle Krefelderinnen und Krefelder, die Interesse an kultureller Vielfalt haben.
Zielsetzung	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkere Wahrnehmung in der Öffentlichkeit • Abbau von Barrieren und Öffnung von Zugängen • Aktuelle Informationen • Zugang zu relevanten Kontaktpersonen • Auseinandersetzung mit dem Thema Mehrsprachigkeit
Maßnahmeninhalte/ Kurzbeschreibung/ Umsetzungsschritte	<ul style="list-style-type: none"> • Optimierung der Öffentlichkeitsarbeit (Bekanntmachung und Promoten von lokalen Angeboten und Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern, generationsspezifische Öffentlichkeitsangebote entwickeln) • Klärung des Bedarfs und der Kooperationen
Teilziele und Indikatoren (Kriterien)	<ul style="list-style-type: none"> • Gewinnung von neuen Kooperationspartnern und Informationslieferanten • Anzahl der Klicks auf den Internetseiten (Erhöhung der Nutzer) • Erhöhung der Pressemeldungen (Anzahl) • Ausweitung auf soziale Medien (Twitter, Facebook, Instagram etc.) • Erhöhung des Anteils der öffentlichen Präsenz auf Veranstaltungen
Zuständigkeiten/ Kooperations- partner	Federführung Kommunales Integrationszentrum in Kooperation mit anderen Verwaltungseinheiten (Presseamt, IT), freie Träger, Migrantenorganisationen, Flüchtlingsinitiativen und weiteren relevanten Netzwerken.
Dauer und Planung	Beginn 2017, fortlaufend. Überprüfung nach 2 Jahren.
Ressourcenbedarf	<ul style="list-style-type: none"> • Personaleinsatz • Ggf. Übersetzungskosten und Druckkosten (Flyer)

6.2 Wege und Hindernisse der beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten

Unabhängig davon, wie viele Zuwanderinnen und Zuwanderer künftig nach Deutschland einwandern, ist festzuhalten: Deutschland braucht heute und künftig für seine wirtschaftliche Entwicklung gut ausgebildete Zuwanderinnen und Zuwanderer und ihr wirtschaftliches Potenzial. Die Ausbildung und Arbeit sind hier für die meisten Menschen ein wichtiger Maßstab für die eigene gelungene Integration in die Gesellschaft. Sie stärkt nicht nur das wirtschaftliche Wachstum, sondern ist auch die Voraussetzung für ein unabhängiges und selbstbestimmtes Leben. Viele Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte müssen für ihren Start ins Berufsleben deutlich mehr Hürden überwinden als ihre Altersgenossen. Daher ist es notwendig, bei allen Maßnahmen im Bereich der Berufsorientierung den Fokus besonders auf den Bedarf und die Potenziale von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte zu richten. Ein gelingender Prozess der (beruflichen) Integration muss mit „Leben gefüllt werden“ und benötigt das Engagement aller an der Sozialisation des Jugendlichen beteiligten Akteure. Hier sind besonders eine Zusammenarbeit mit den Trägernetzwerken, den Arbeitgebern und ein Dialog mit den Migrantinnenorganisationen, den Eltern und der Schule notwendig. Hier gilt es, die Informationen „Rund um das Thema Berufsorientierung“ zu bündeln und zu vermitteln.

Ein weiteres wichtiges Themenfeld stellt „Deutsch für den Beruf“ dar. In den Integrationskursen lernen Zugewanderte die deutsche Alltagssprache. Die Sprachkenntnisse reichen für die Ausübung einer Ausbildung beispielsweise nicht aus. Daher ist es wichtig, im Anschluss an die Sprachkurse in berufsbezogenen Sprach- und Weiterqualifizierungsmodulen die Sprache zu vertiefen und kontinuierlich auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten.

In diesem Handlungsfeld hat die Arbeitsgruppe folgende Leitziele erarbeitet:

- Bündelung von Informationen auf einer Internetplattform
- Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf
- Förderung der beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten
- Entwicklung von Konzepten für „Deutsch für den Beruf“ - begleitet von Weiterbildungen
- Konstruktiver Dialog mit der Ausländerbehörde

Anmerkung:

Das letzte Leitziel wurde in der zweiten Arbeitsgruppensitzung zurückgestellt. Man will die in der Presse vom Oberbürgermeister angekündigte Umsetzung der Maßnahme abwarten, die Ausländerbehörde umzustrukturieren.

In den Jahren 2016-2017 hat eine Begleitung durch die Bertelsmann Stiftung stattgefunden, in der es explizit um die Arbeitsmarktintegration neuzugewanderter Menschen ging. Die Ergebnisse der damaligen Steuerungsgruppe, sind in ein gesamtstädtisches Handlungskonzept eingeflossen. Hierfür wurden systematisch Ideen und Bausteine der Arbeitsmarktintegration für Neuzugewanderte für die nächsten Jahre entwickelt. Diese wurden als konkrete Hilfestellungen, Wegweiser und konkrete Unterstützung gemeinsam ausgearbeitet. (Quelle: „Handlungskonzept: Arbeitsmarktintegration von Neuzugewanderten in Krefeld. Herausgeber: Stadt Krefeld der Oberbürgermeister, August 2017“)

6.2.1 Die Maßnahmen im Einzelnen

In der Arbeitsgruppe „Wege und Hindernisse der beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten“ wurden folgende Maßnahmen erarbeitet:

Bestands- und Bedarfsanalyse zur berufsbezogenen Sprachförderung	
Ist-Zustand/ Handlungsrelevanz	ESF-berufsbezogene Deutschkurse sind eingeschränkt vorhanden.
Zielgruppe	Förderung der Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten nach einem B2 Abschluss.
Zielsetzung	<ul style="list-style-type: none">• Schaffung von Transparenz über die Kursangebote und Ermittlung des Bedarfes• Förderung der berufsbezogenen Deutschkenntnisse• Vorbereitung der Lernenden auf die kommunikativen Anforderungen im beruflichen Kontext
Maßnahmeninhalte/ Kurzbeschreibung/ Umsetzungsschritte	<ul style="list-style-type: none">• Durchführung einer Bestands- und Bedarfsanalyse zur berufsbezogenen Sprachförderung (begleitend zum Studium, zur Ausbildung und zur Berufstätigkeit)• Entwicklung einer Umfrage• Auswertung einer Umfrage
Teilziele und Indikatoren (Kriterien)	<ul style="list-style-type: none">• Die Bildungsträger, Arbeitnehmer, Beschäftigte und Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber werden bei der Umfrage beteiligt• Alle sechs Sprachträger sind befragt worden
Zuständigkeiten/ Kooperationspartner	Netzwerk Deutsch für Krefeld.
Dauer und Planung	Beginn 2017, Überprüfung Ende 2018.
Ressourcenbedarf	Personalkosten und Sachkosten (z.B. Fragebogen drucken, versenden).

Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit: Informationsplattform und Pressearbeit

Ist-Zustand/ Handlungsrelevanz	<ul style="list-style-type: none"> • Vorhandene Internetplattformen (z.B. krefeld-verbindet-menschen.de) sind wenig bekannt • Die relevanten Personen sind in der Öffentlichkeitsarbeit wenig bekannt • Verbesserungsbedarf an der Kommunikation zwischen den Trägern, der Verwaltung und dem Ehrenamt • Fehlende generationsspezifische Öffentlichkeitsarbeit • Mehrsprachiger Zugang fehlt
Zielgruppe	Alle Krefelderinnen und Krefelder, die Interesse an kultureller Vielfalt haben
Zielsetzung	<ul style="list-style-type: none"> • Höhere Wahrnehmung in der Öffentlichkeit • Abbau von Barrieren und Öffnung von Zugängen • Aktuelle Informationen • Zugang zu relevanten Kontaktpersonen • Auseinandersetzung mit dem Thema • Mehrsprachigkeit
Maßnahmeninhalte/ Kurzbeschreibung/ Umsetzungsschritte	<ul style="list-style-type: none"> • Optimierung der Öffentlichkeitsarbeit (Bekanntmachung und Promoten von lokalen Angeboten und Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern, generationsspezifische Öffentlichkeitsangebote entwickeln) • Klärung des Bedarfs und der Kooperationen • Verlinkung mit der Homepage der Bundesagentur für Arbeit Krefeld
Teilziele und Indikatoren (Kriterien)	<ul style="list-style-type: none"> • Gewinnung von neuen Kooperationspartnern und Informationslieferanten • Anzahl der Klicks auf den Internetseiten (Erhöhung der Nutzer) • Erhöhung der Pressemeldungen (Anzahl) • Ausweitung auf soziale Medien (Twitter, Facebook, Instagram etc.) • Anteil der öffentlichen Präsenz auf Veranstaltungen erhöhen
Zuständigkeiten/ Kooperations- partner	Federführung Kommunales Integrationszentrum in Kooperation mit anderen Verwaltungseinheiten (Presseamt, IT), freie Träger, Migrantenorganisationen, Flüchtlingsinitiativen und weitere relevante Netzwerke.
Dauer und Planung	Beginn 2017, fortlaufend. Überprüfung nach 2 Jahren.
Ressourcenbedarf	<ul style="list-style-type: none"> • Personaleinsatz • Ggf. Übersetzungskosten und Druckkosten (Flyer)

Mentoring Projekt für Migrantinnen und Migranten

Ist-Zustand/ Handlungsrelevanz	<ul style="list-style-type: none"> • Es sind wenige Vorbilder aus der eigenen Community vorhanden • Vorbilder können bessere Zugänge entwickeln • Mentoring basiert auf einer persönlichen, durch Akzeptanz und Vertrauen geprägten „Eins-zu-Eins-Beziehung“ zwischen Mentorin / Mentor und Mentee
Zielgruppe	Migrantinnen und Migranten.
Zielsetzung	Individuelle Förderung der gesellschaftlichen und beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten.
Maßnahmeninhalte/ Kurzbeschreibung/ Umsetzungsschritte	<ul style="list-style-type: none"> • Aktivierung der Kooperationspartner (Netzwerke, Arbeitskreise, Institutionen, Wohlfahrtsverbände) • Erreichung und Akquise von Vorbildern (Mentorinnen und Mentoren) und Mentee • Organisation einer Informationsveranstaltung zur Gewinnung von Mentorinnen und Mentoren • Aufbau einer Datenbank (Clustern) • Werbung für die Mentorinnen und Mentoren (z.B. Flyer) • Regelmäßiges Treffen der Mentorinnen und Mentoren
Teilziele und Indikatoren (Kriterien)	<ul style="list-style-type: none"> • Gewinnung von mindestens 10-15 Mentorinnen aus verschiedenen Communities • Begleitung von 50 Migrantinnen und Migranten durch das Projekt • Organisation eines regelmäßigen Treffens der Mentorinnen und Mentoren pro Quartal
Zuständigkeiten/ Kooperationspartner	Jobcenter, Gleichstellungsstelle und Kommunales Integrationszentrum.
Dauer und Planung	Beginn 2017, fortlaufend. 1. Evaluation Ende 2018.
Ressourcenbedarf	<ul style="list-style-type: none"> • Personalkosten • Sachkosten (Bewirtung, Flyer, Öffentlichkeitsarbeit, laufende Geschäftskosten)

Tagung für Unternehmen	
Ist-Zustand/ Handlungsrelevanz	<ul style="list-style-type: none"> • Unternehmen müssen als Partner gewonnen werden. • Trotz guter Konjunktur gibt es hierzulande immer weniger Arbeitgeber, die ausbilden
Zielgruppe	Unternehmen.
Zielsetzung	Mit der Tagung sollen unter anderem Ausbildungsplätze bei Unternehmen gewonnen werden, die nicht mehr oder noch nie ausgebildet haben.
Maßnahmeninhalte/ Kurzbeschreibung/ Umsetzungsschritte	Info: Die Arbeitsgruppe hat in der zweiten Sitzung das Thema erstmal aufgrund nicht vorhandener finanzieller und personeller Ressourcen zurückgestellt. Sie möchte aber, dass dieses wichtige Thema im Blick gehalten wird. Aus diesem Grund hat die Arbeitsgruppe beschlossen, dass Maßnahmenblatt an der Stelle zu behalten.

6.3 „Aktiv gestalten!“ – Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

In diesem Handlungsfeld hat die Arbeitsgruppe folgende Leitziele priorisiert:

- Förderung des interreligiösen Dialogs
- Die Migrant*innenorganisationen mehr in die Verantwortung nehmen und die kulturelle Öffnung fördern
- Kommunale Begleitung der Migrant*innenorganisationen
- Förderung der politischen Partizipation
- Lebensraumorientiertes Arbeiten anstatt Sektorale (Themen)

Soziale und politische Teilhabe im Sinne einer gleichberechtigten Einbeziehung von Individuen und Organisationen in kommunale Entscheidungsprozesse wie beispielweise die Beteiligung an dem Integrationsrat der Stadt Krefeld ist integrationspolitisch von großer Bedeutung. Integrative Arbeit mit Leben zu füllen braucht die aktive Gestaltung und Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund sowie der Einheimischen. Dies setzt jedoch eine Kommunikationsform des gegenseitigen Vertrauens und die Öffnung gegenüber dem Neuem und Fremden sowie einen interkulturellen Dialog auf Augenhöhe voraus.

Der Dialog in Krefeld gestaltet sich in vielfältigen Formen: Gemeinsame Gespräche im Alltag, Begegnungen in der Arbeit und der Nachbarschaft, Diskussionsrunden zu

den verschiedenen Religionen und Kulturen und den damit verbundenen Lebensweisen der Migrantinnen und Migranten, gemeinsame soziale Projekte, Themenabende und interreligiöse Gespräche und Gebete. Gerade Migrantenorganisationen spielen in dem Verständigungsprozess als Partner eine wichtige Rolle. Sie bringen ihr Engagement und ihre Migrationserfahrung in die Integrationsarbeit vor Ort mit ein. Künftig sollen die Migrantenorganisationen dabei unterstützt werden, ihre spezifischen Kompetenzen stärker in die Integrationsarbeit einfließen zu lassen.

Teilhabe wird zudem nicht nur durch gesellschaftliche Rahmenbedingungen bestimmt, sondern auch durch rechtliche. Ohne die deutsche Staatsbürgerschaft sind die Möglichkeiten der politischen Partizipation begrenzt, weil ausländische Migrantinnen und Migranten - mit Ausnahme von EU-Angehörigen bei Kommunalwahlen - nicht wählen dürfen und somit von der zentralen Mitbestimmungsform ausgeschlossen sind. Die oben genannten Aspekte öffnen den Blick auf die Herausforderungen und Potenziale, ein gemeinschaftliches Ganzes zu gestalten, das sich in Offenheit und gegenseitigem Respekt begegnet.

„Dass es auf Seiten (nicht nur) der Migrantinnen und Migranten insbesondere bezüglich der politischen Partizipation weitergehende Vorstellungen gibt, soll an dieser Stelle nicht verschwiegen werden. Auch der Ausländerbeirat der Stadt Krefeld sowie der Arbeitskreis für Zuwanderung und Integration haben sich, wie viele andere Migrantenorganisationen, stets für das Kommunalwahlrecht für alle Ausländerinnen und Ausländer eingesetzt. Das Wahlrecht ist die zentrale Mitwirkungsmöglichkeit in einer demokratischen Gesellschaft. Auch wenn Drittstaatsangehörige nicht an Wahlen teilnehmen können, sind sie vom Wahlausgang und den damit verbundenen Entscheidungen unmittelbar betroffen. Die Gesetzeslage in Bund und Land lässt dies bis heute nicht zu. Umso entscheidender ist es daher, dass die Möglichkeiten zur Teilhabe auf kommunaler Ebene ausgeschöpft werden.“ (Auszug aus dem Integrationskonzept 2010)

6.3.1 Die Maßnahmen im Einzelnen

Implementierung eines organisierten interreligiösen Gebetes in Krefeld	
Ist-Zustand/ Handlungsrelevanz	Punktuelle Kontakte der Religionen auf kommunaler Ebene.
Zielgruppe	Alle in der Kommune vorhandenen Religionsgemeinschaften.
Zielsetzung	Förderung und Wertschätzung des interkulturellen Dialogs.
Maßnahmeninhalte/ Kurzbeschreibung/ Umsetzungsschritte	<ul style="list-style-type: none">• Schaffung von Voraussetzungen zum gegenseitigen Kennenlernen (Moschee, Tempel, Synagoge, Kirche)• Gegenseitiger Besuch der heiligen Stätten und Informationen über die jeweiligen heiligen Schriften (Koran, Thora und Bibel)• Regelmäßiges Treffen der Mentorinnen und Mentoren
Teilziele und Indikatoren (Kriterien)	<ul style="list-style-type: none">• Abbau von Hemmungen• Befragung nach Veränderungen der Einstellung
Zuständigkeiten/ Kooperationspartner	Uli Tings, Vorsitzender der portugiesischen Gemeinde
Dauer und Planung	Das erste interreligiöse Gebet soll zur Eröffnung der Interkulturellen Woche 2017 stattfinden. Danach regelmäßig einmal im Jahr.
Ressourcenbedarf	Personalressourcen und Sachkosten.

6.4 „Toleranz fördern – Interkulturelle Kompetenz stärken“: Vielfalt in Krefeld

In diesem Handlungsfeld hat die Arbeitsgruppe folgende Leitziele priorisiert:

- Schaffung neuer Verwaltungsstrukturen für Migration und Integration.
- Förderung der Freude an der Vielfalt als Selbstverständlichkeit (im Dialog, interreligiös, interkulturell, generationsübergreifend).
- Im Jahr 2016 Beginn eines relevanten Dialogs.

Die Gesellschaft verändert sich laufend: Wir werden „weniger, bunter und älter“. Diese Entwicklungen machen ein interkulturelles Umdenken erforderlich, das einhergeht mit einer politischen Haltung von Privatpersonen und Institutionen, die anerkennt, dass in einer Gesellschaft viele verschiedene Gruppen mit eigenen Interessen und Bedürfnissen vertreten sind und diese auch artikulieren. Die Stadtgesellschaft Krefeld schätzt die ethnische, kulturelle und religiöse Vielfalt und ächtet Rassismus und Diskriminierung. Niemand darf wegen seines Alters oder Geschlechts, seiner Hautfarbe, Religion, kulturellen und sozialen Herkunft, Sprache, Behinderung, Krankheit, Weltanschauung oder sexuellen Identität diskriminiert werden. Dies ist die Grundlage für das Zusammenleben in einer internationalen Stadt. Die Betrachtung der Intoleranz gegenüber Gruppen, ihrer Abwertung und Diskriminierung ist für die Selbstreflexion einer Gesellschaft und für den Schutz von Gruppen äußerst wichtig. Die Förderung des zivilen Engagements und des demokratischen Verhaltens sowie der Abbau von Vorurteilen können u.a. nur dann erfolgreich gelingen, wenn das gemeinsame Zusammenleben und soziale Kontakte gefördert werden.

6.4.1 Die Maßnahmen im Einzelnen

In der Arbeitsgruppe „Toleranz fördern – Interkulturelle Kompetenz stärken: Vielfalt in Krefeld“ wurden folgende Maßnahmen erarbeitet:

Einwanderungssimulation	
Ist-Zustand/ Handlungsrelevanz	Bestehende Informationslücke über Prozesse von Einwanderung und Hintergründe nach Deutschland.
Zielgruppe	Jugendliche ab 13 Jahre, Schulklassen, Jugendgruppen.
Zielsetzung	Auseinandersetzung mit Migration und Sensibilisierung.
Maßnahmeninhalte/ Kurzbeschreibung/ Umsetzungsschritte	<p>Methode:</p> <ul style="list-style-type: none">• Die Schulklassen bzw. Jugendgruppen werden in die kommunale Ausländerbehörde geladen bzw. in eine simulierte Ämtersituation.• Bei Ankunft wird die Gruppe in Familienverbände aufgeteilt. Sie erhalten einen Testbogen mit Fragen aus dem offiziellen Einbürgerungstest. Diesen gilt es bis auf einen zugelassenen Fehler richtig zu beantworten. Gelingt dies, erhält die „Familie“ die Berechtigung des Zugangs in ein Büro, um dort einen Antrag auf Sozialleistungen zu stellen. Dieser Antrag ist auf Russisch, die Sachbearbeiterin/der Sachbearbeiter ist nur russischsprachig (jede andere Sprache ist auch möglich).• In einem Reflexionsgespräch mit der Gesamtgruppe wird das Erlebte aufgearbeitet und ausgewertet.
Teilziele und Indikatoren (Kriterien)	<ul style="list-style-type: none">• Es finden mindestens 2 Einwanderungssimulationen statt• Die Teilnahme von mindestens 10 Gruppen an dem gesamten Projekt ist erreicht
Zuständigkeiten/ Kooperationspartner	<ul style="list-style-type: none">• Finden eines Trägers, der das Projekt umsetzt und Klärung der Rahmenbedingungen• Kommunales Integrationszentrum (Werkhaus e.V.)
Dauer und Planung	<ul style="list-style-type: none">• Beginn 2017, 1. Evaluation Ende 2018• Projektdauer je nach Gestaltung 1 bis 2 Projektstage
Ressourcenbedarf	Personalressourcen.

Interkulturelle Begegnungsräume stärken, beleben und schaffen

Ist-Zustand/ Handlungsrelevanz	Menschen haben Angst vor Veränderung und persönlichen Nachteilen durch zugewanderte Menschen aus anderen Kulturen und Religionen.
Zielgruppe	Alle in Krefeld lebenden Menschen.
Zielsetzung	<ul style="list-style-type: none">• Vermittlung von Wissen und interkultureller Kompetenz• Begegnung von Ängsten und• Abbau von Vorurteilen• Herstellen von Freude und gemeinsamem Erleben• Förderung der Freude an der Vielfalt
Maßnahmeninhalte/ Kurzbeschreibung/ Umsetzungsschritte	<ul style="list-style-type: none">• Schaffung, Erhaltung bzw. Neuausrichtung von Begegnungsorten bzw. Kulturorten• Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse vorhandener Angebote und Maßnahmen• Initiierung eines Runden Tisches zur Bedarfserhebung und -planung
Teilziele und Indikatoren (Kriterien)	<ul style="list-style-type: none">• Begegnungsorte werden von Menschen verschiedener Herkunft intensiv genutzt• Begegnungsorte sind nach dem Bedarf ausgerichtet und Teil der Stadtteilarbeit
Zuständigkeiten/ Kooperationspartner	Initiative: KI Adressatenkreis: Bistum Aachen, Religionsgemeinschaften, freie Träger, Wohlfahrtsverbände, Migrantenorganisationen, Kulturinstitutionen, Begegnungseinrichtungen.
Dauer und Planung	Bedarfserhebung bis Mitte 2017.
Ressourcenbedarf	Personalressourcen.

Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit: Informationsplattform und Pressearbeit

Ist-Zustand/ Handlungsrelevanz	<ul style="list-style-type: none"> • Vorhandene Internetplattformen (z.B. krefeld-verbindet-menschen.de) sind wenig bekannt • Die relevanten Personen sind in der Öffentlichkeitsarbeit wenig bekannt • Verbesserungsbedarf an der Kommunikation zwischen den Trägern, der Verwaltung und dem Ehrenamt • Fehlende generationsspezifische Öffentlichkeitsarbeit • Mehrsprachiger Zugang fehlt
Zielgruppe	Alle Krefelderinnen und Krefelder, die Interesse an kultureller Vielfalt haben.
Zielsetzung	<ul style="list-style-type: none"> • Höhere Wahrnehmung in der Öffentlichkeit • Abbau von Barrieren und Öffnung von Zugängen • Aktuelle Informationen • Zugang zu relevanten Kontaktpersonen • Auseinandersetzung mit dem Thema Mehrsprachigkeit
Maßnahmeninhalte/ Kurzbeschreibung/ Umsetzungsschritte	<ul style="list-style-type: none"> • Optimierung der Öffentlichkeitsarbeit (Bekanntmachung und Promoten von lokalen Angeboten und Ansprechpartnerinnen und -partnern, generationsspezifische Öffentlichkeitsangebote entwickeln) • Klärung des Bedarfs und der Kooperationen • Verlinkung mit der Homepage der Bundesagentur Krefeld
Teilziele und Indikatoren (Kriterien)	<ul style="list-style-type: none"> • Gewinnung von neuen Kooperationspartnern und Informationslieferanten • Anzahl der Klicks auf den Internetseiten (Erhöhung der Nutzer) • Erhöhung der Pressemeldungen (Anzahl) • Ausweitung auf soziale Medien (Twitter, Facebook, Instagram etc.) • Anteil der öffentlichen Präsenz auf Veranstaltungen erhöhen
Zuständigkeiten/ Kooperationspartner	Federführung Kommunales Integrationszentrum in Kooperation mit anderen Verwaltungseinheiten (Presseamt, IT), freie Träger, Migrantenorganisationen, Flüchtlingsinitiativen und weiteren relevanten Netzwerken.
Dauer und Planung	Beginn 2017, fortlaufend. Überprüfung nach 2 Jahren.
Ressourcenbedarf	<ul style="list-style-type: none"> • Personaleinsatz • Ggf. Übersetzungskosten und Druckkosten (Flyer)

Weltreise

Ist-Zustand/ Handlungsrelevanz

Kulturelle Vielfalt ist längst zu einem integralen Bestandteil unserer alltäglichen Lebensrealität geworden. So sehr dies jedoch auf die Vielfalt im Sinne einer ethnischen Vielfalt zutrifft, so wenig selbstverständlich offenbart sich demgegenüber oftmals das zwischenmenschliche Verhalten. Zu sehr prägen noch z. B. Fremdheit, Abgrenzungen, stereotype Bilder, Exotismus und fehlende Dialogbereitschaft das gemeinsame Zusammenleben. Die bloße Präsenz von Vielfalt (als reduzierte Beschreibung einer multikulturellen Gesellschaft) reicht daher für den Begründungszusammenhang interkultureller Arbeit nicht aus. Es geht um Menschen mit unterschiedlichem (rechtlichen) Status, Erfahrungshintergrund, Geschlecht, Alter, mit unterschiedlicher Bildung und Glaubenszugehörigkeit, mit unterschiedlichen Sorgen, Erwartungen und Einstellungen. Es gibt in diesem Sinne keine kulturelle Homogenität. Auch die deutsche Mehrheitsbevölkerung ist keine homogene Gruppe. Insofern scheint auch die pauschale Heranziehung sogenannter „kultureller Werte“ (zumindest da, wo sie aus einer „Nationalkultur“ heraus begründet werden) wenig tragfähig.

Zielgruppe

- Jugendliche
- Erwachsene

Zielsetzung

Neben dem allgemeinen Ziel, die Kommunikation und Verständigung zwischen Menschen mit verschiedenen Biografien zu fördern, zu intensivieren bzw. weiterzuentwickeln, stehen z.B. folgende Einzelziele im Vordergrund:

- Einander fremde Personen zusammen- und näherbringen, um Hemmnisse und Ängste abzubauen bzw. zu überwinden;
- Menschen in ihrer eigenen Umgebung erleben und kennenlernen (Türen öffnen im wahrsten Sinne des Wortes);
- Das Zuhören, den Austausch und den Dialog fördern, um Gemeinsamkeiten zu entdecken oder gegebenenfalls, um Unterschiede zu bewältigen
- Sich über die kleinen und großen Dinge des Alltags unterhalten und daran Anteil nehmen. Transparenz und „Normalität“ verwirklichen
- Eine freundliche und angenehme Atmosphäre schaffen und einen respektvollen Umgang miteinander wahren

Maßnahmeninhalte/ Kurzbeschreibung/ Umsetzungsschritte	<p>„Stadtrundfahrten“, die als Tagesveranstaltungen angeboten werden und jeweils an einem Sonntag stattfinden. Ziel sind dabei nicht (wie sonst üblich) besondere städtebauliche oder architektonische Sehenswürdigkeiten bzw. Besonderheiten, sondern das Zuhause verschiedener Familien. Reisegruppen mit jeweils maximal 8 Personen (inklusive „Reiseleitung“) werden mit Kleinbussen oder Großraumtaxen zu den jeweiligen Gastfamilien gefahren und dort empfangen. Pro Reisegruppe werden an dem Tag insgesamt drei Gastfamilien besucht. Die Besuchsdauer pro Gastfamilie beträgt ca. 1,5 Stunden. Den Ausklang des Veranstaltungstages bildet eine gemeinsame Veranstaltung, zu der alle beteiligten Gastfamilien und Reisegruppen eingeladen sind.</p>
Teilziele und Indikatoren (Kriterien)	<ul style="list-style-type: none"> • Menschen interessieren sich für eine Teilnahme und melden sich an (z.B. im Kontext einer öffentlichen Werbung) • Die beteiligten Personen kommen relativ schnell in einen gemeinsamen Dialog • Man begegnet sich respektvoll, hört einander zu, ist neugierig, tauscht Erfahrungen und Meinungen aus • Man diskutiert gegebenenfalls kontroverse Meinungen und persönliche Haltungen in einer konstruktiven Form
Zuständigkeiten/ Kooperationspartner	<p>Zuständig ist die Abt. Jugend im Fachbereich Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung. Hinsichtlich der Zielgruppe „Jugendliche“ besteht eine enge Kooperation mit dem Berufskolleg Vera Beckers. Weiterhin bestehen Kooperationen mit verschiedenen Migrantenorganisationen.</p>
Dauer und Planung	<p>Einmal jährlich findet eine „Weltreise“ mit angehenden Erziehern/innen des Berufskollegs Vera Beckers statt. Weitere „Weltreisen“ sind nach Absprache möglich (z.B. in Verbindung mit Familien mit Fluchtgeschichte).</p>
Ressourcenbedarf	<ul style="list-style-type: none"> • Personal (für die Organisation und für Reisebegleitungen) • Sachkosten (Transferkosten, Gastgeschenke und Aufwandsentschädigungen für die Gastfamilien).

6.5 Interkulturelle Öffnung von Einrichtungen der Kultur, des Sports und der Gesundheit

In diesem Handlungsfeld hat die Arbeitsgruppe folgende Leitziele priorisiert:

- Vernetzung der Akteure in dem Bereich interkultureller Öffnung von Einrichtungen der Kultur, des Sports und der Gesundheit
- Transparenz über die Angebotsstruktur in den Bereichen der Kultur, des Sports und der Gesundheit
- Ermittlung der Bedürfnisse in der Angebotsstruktur
- Vermittlung der Informationen über die Angebotsstruktur

Eine moderne Stadtgesellschaft ist geprägt durch einen Pluralismus von Lebensstilen und die Vielfalt ethno-kultureller Prägungen. Die Formen des Zusammenlebens sind in den vergangenen Jahrzehnten vielfältiger geworden. Kulturelle Angebote müssen dem Rechnung tragen und daher zukünftig die Vielfalt innerhalb der Stadt Krefeld widerspiegeln, damit die Angebote auch von Zugewanderten deutlich stärker wahrgenommen und auch angenommen werden. Im Interesse der demografischen Entwicklung und ihren Folgen muss die Stadt Krefeld Migrantinnen und Migranten mehr in den Fokus nehmen, sowohl als Publikum als auch im Sinne Kulturschaffender. Bürgerschaftliches Engagement in diesem Bereich ist unverzichtbar. Sport gilt als weiterer wichtiger Integrationsmotor. Dies sollte noch stärker als bisher vorangetrieben werden, zumal Zuwanderinnen und Zuwanderer in manchen Sportarten unterrepräsentiert sind. Auch im gesundheitlichen Bereich ist man noch nicht auf die wachsende Zahl der Zuwanderinnen und Zuwanderer eingestellt. Die auf verschiedenen Ebenen und in vielen Bereichen vorhandenen Angebote im Gesundheitsbereich erschließen sich vielen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nur unzureichend. Um mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den Bereichen Kultur, Sport und Gesundheit zu gewinnen, müssen sich die Institutionen für neue Gruppen öffnen und ihre Beteiligungsstrategien ändern. Die Teilnehmenden an der Arbeitsgruppe haben die Wichtigkeit erkannt und zielorientierte Ansätze entwickelt.

6.5.1 Die Maßnahmen im Einzelnen

Die Arbeitsgruppe „Interkulturelle Öffnung von Einrichtungen der Kultur, des Sports und der Gesundheit“ hat folgende Maßnahmen erarbeitet:

Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Interkulturelle Öffnung“ aus Einrichtungen der Kultur, des Sports und der Gesundheit	
Ist-Zustand/ Handlungsrelevanz	<ul style="list-style-type: none">• Geringe Vernetzung in dem Themenfeld• Fehlende Transparenz
Zielgruppe	Potentielle Akteure.
Zielsetzung	<ul style="list-style-type: none">• Bessere Vernetzung• Gemeinsame Projekte schaffen• An einem Strang ziehen
Maßnahmeninhalte/ Kurzbeschreibung/ Umsetzungsschritte	<ul style="list-style-type: none">• Regelmäßiges Treffen (halbjährig)• Entwicklung gemeinsamer Projekte
Teilziele und Indikatoren (Kriterien)	<ul style="list-style-type: none">• Halbjähriges Treffen wird eingehalten• Die Teilnahme ist verbindlich• Die Mitglieder der Arbeitsgruppe werden erweitert• Treffpunkte finden an den verschiedenen Wirkungsorten der Teilnehmer wie z.B. Kulturbüro, MO, Stadtsportbund statt
Zuständigkeiten/ Kooperationspartner	<ul style="list-style-type: none">• Einladungen werden vom KI erstellt• Mitglieder der Arbeitsgruppe Kommunales Integrationszentrum, Kulturbüro, Stadtsportbund, Fachbereich Soziales (Senioren), Die Brücke, VHS, Theater Krefeld Mönchengladbach, Kunstmuseum Krefeld
Dauer und Planung	<ul style="list-style-type: none">• Beginn Okt./Nov. 2016, fortlaufend• Verbindliche Terminierungen in den Sitzungen
Ressourcenbedarf	Personalressourcen.

Feststellung der gemeinsamen Interessen (Kultur, Sport und Gesundheit)

Ist-Zustand/ Handlungsrelevanz	Über die Interessen der Zielgruppe an Veranstaltungen ist wenig bekannt.
Zielgruppe	<ul style="list-style-type: none"> • Potentielle Akteure • Mitgliederinnen und Mitglieder der Migrantenorganisationen • Besucher der Integrationskurse (VHS, Träger) • Z.B. die Arbeitsgemeinschaft der Krefelder Bürgervereine • alle an der Befragung Interessierten sowie der vorhandene Verteiler
Zielsetzung	Eine Bestandsaufnahme über die bestehenden Interessen zum Ausbau der Programme, Projekte und Veranstaltungen.
Maßnahmeninhalte/ Kurzbeschreibung/ Umsetzungsschritte	<ul style="list-style-type: none"> • Suche nach Kooperationspartnern für die Umfrage (z.B. Hochschule Niederrhein) • Erstellung eines Fragebogens • Versand an die Zielgruppe • Auswertung des Fragebogens • Diskussion über die Ergebnisse in der Arbeitsgruppe
Teilziele und Indikatoren (Kriterien)	Rücklauf des Fragebogens.
Zuständigkeiten/ Kooperationspartner	Arbeitsgruppe (Übernahme) und suche nach möglichen Kooperationspartnern (z.B. Hochschule Niederrhein).
Dauer und Planung	Beginn 2017 – Ende 2018.
Ressourcenbedarf	Personalressourcen.

Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit durch Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

Ist-Zustand/ Handlungsrelevanz	Geringer Kenntnisstand über die Aktivitäten und die Veranstaltungen der Akteure in dem Handlungsfeld.
Zielgruppe	Potentielle Akteure
Zielsetzung	Verbesserung des Informationsaustausches.
Maßnahmeninhalte/ Kurzbeschreibung/ Umsetzungsschritte	<ul style="list-style-type: none"> • Mitteilung der Akteure von ausgewählten Veranstaltungen an das KI • Erweiterung des Veranstaltungskalenders und der Verteiler • Weiterleitung der Informationen über die eigenen Verteiler (Rundmail) • Weiterleitung der Informationen durch PDF, Flyer etc.
Teilziele und Indikatoren (Kriterien)	Die Nachhaltigkeit wird in der Arbeitsgruppe festgehalten.
Dauer und Planung	Beginn Okt./Nov. 2016, fortlaufend.
Ressourcenbedarf	Zeitaufwand.

Öffnung der Begegnungszentren für Seniorinnen und Senioren für heterogenen Besucherkreis

Ist-Zustand/ Handlungsrelevanz	In den herkömmlichen Begegnungszentren ist überwiegend die Mehrheitsgesellschaft vertreten.
Zielgruppe	Ältere Menschen mit Migrationshintergrund.
Zielsetzung	Stärkere Einbindung von Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund.
Maßnahmeninhalte/ Kurzbeschreibung/ Umsetzungsschritte	<ul style="list-style-type: none"> • Kontaktaufnahme zu den geförderten Altenclubs • Öffentlichkeitsarbeit
Teilziele und Indikatoren (Kriterien)	Mehr Besucherinnen und Besucher mit Migrationshintergrund in den vier geförderten Altenclubs zu gewinnen.
Dauer und Planung	Beginn Okt./Nov. 2016, fortlaufend.
Ressourcenbedarf	Personalressourcen.

7. AUSBLICK

7.1 Die Zukunft des Integrationskonzeptes der Stadt Krefeld

Das Integrationskonzept der Stadt Krefeld bildet eine Entscheidungsgrundlage für die nachfolgenden Planungen sowie Umsetzungen von zahlreichen Projekten und Maßnahmen mit einem Zeithorizont bis 2019. Damit zeitnah mit der Umsetzung der einzelnen Projektbausteine begonnen werden kann, wurden die einzelnen Teilschritte der Maßnahmen dargestellt sowie die Zuständigkeiten und die Kooperationspartner benannt. Es ist im weiteren Schritt die Aufgabe der handelnden Akteure, die priorisierten Maßnahmen in die Hand zu nehmen und umzusetzen. Die Aufgabe des Kommunalen Integrationszentrums besteht darin, die Übersicht über die Fortschritte der Projektrealisierungen zu behalten, aber nicht die Federführung oder Initiative bei der konkreten Projektumsetzung zu übernehmen. Dies soll nur in den Fällen geschehen, bei denen es sich um Projekte handelt, deren Initiator das Kommunale Integrationszentrum ist. Nur gemeinsam lassen sich die komplexen Aufgaben bewältigen. Transparenz und Akzeptanz sind in diesem Prozess wichtige Faktoren, die zu einer erfolgreichen Umsetzung der einzelnen Maßnahmen beitragen.

Grundlegend für nachhaltig erfolgreiche Integrationsarbeit bleibt ergänzend die Förderung des „positiven Klimas“ in der Öffentlichkeit. Oft werden Projekte

entwickelt, die grundsätzlich eine gute Grundidee verfolgen, aber aufgrund des geringen Bekanntheitsgrades keine Wirkung zeigen können. Die in dem vorliegenden Integrationskonzept für die Stadt Krefeld entwickelten Maßnahmen sind daher nur wirksam, wenn sie von einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden. Mindestens einmal jährlich wird die Erreichung der Teilziele und der Umsetzungsstand durch die Integrationsbeauftragte abgefragt und in den entsprechenden Gremien über Erfahrungen und Ergebnisse berichtet. Ende 2019 ist eine abschließende Evaluation über den Umsetzungsstand des Integrationskonzeptes geplant.

Der aktuelle Stand des Integrationskonzeptes stellt eine Momentaufnahme dar, die in den kommenden Jahren immer wieder reflektiert und neuen Herausforderungen der Integrationsarbeit angepasst werden sollte. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre treten immer wieder neue Situationen ein, so dass eine Anpassung und Priorisierung von Leitziele, Handlungsfeldern und Maßnahmen erforderlich ist. Eine kontinuierliche Weiterentwicklung des vorliegenden Konzeptes und die Fortführung des kontinuierlichen Dialogprozesses sind daher unabdingbar.

7.2 Neustrukturierungen des Fachbereiches „Migration und Integration“

Mit Datum vom 14.06.2016 hat der Verwaltungsvorstand den Projektauftrag zur Neustrukturierung der Ausländerabteilung mit dem Ziel der Bildung eines Fachbereiches „Migration und Integration“ beschlossen. Damit verbunden ist die Intention, die bestehende Aufgaben- und Organisationsstruktur in eine Willkommens-/Dienstleistungsbehörde zu optimieren.

Zur Erarbeitung eines entsprechenden Organisationskonzeptes wurde eine Projektgruppe eingerichtet, die am 01.07.2016 ihre Arbeit aufgenommen hat. Gleichzeitig wurde die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) als externer Begleiter des Projektes beauftragt.

Neben regelmäßigen Projektgruppensitzungen fanden in Zusammenarbeit mit der KGSt unterschiedliche Aktivitäten statt: In zahlreichen Workshops mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den betroffenen Fachbereichen, unter Beteili-

gung der in Krefeld mit der Flüchtlingsthematik beschäftigten Vereine und Verbände sowie der im Rat vertretenen Fraktionen konnte schließlich der folgende Organisationsvorschlag erarbeitet werden:



Im Rahmen des Erarbeitungsprozesses fanden auch Erfahrungen aus den Kommunen Hamm, Wuppertal und Freiburg i. B., die bereits ähnliche Fachbereiche gegründet haben, als „Best-Practice-Beispiele“ Berücksichtigung.

Dieser Grundstruktur des vorgelegten Organisationsvorschlages stimmte der Verwaltungsvorstand mit Datum vom 31.01.2017 zu. Daran anschließend wurde die Leitung des Fachbereiches Migration und Integration extern ausgeschrieben und die kommunalpolitischen Gremien und die Öffentlichkeit über das Konzept infor-

miert. Mit ihm konnte nun die Gründung der neuen Organisationseinheit vorbereitet werden. Mit Organisationsverfügung des Oberbürgermeisters vom 28.11.2017 wurde der Fachbereich Migration und Integration zum 16.01.2018 gegründet.

Parallel zur Gründung des neuen Fachbereiches fand eine Neuordnung der Geschäftsbereichsstruktur statt. Auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 05.12.2017 wurde der Fachbereich Migration und Integration zum 01.05.2018 dem Geschäftsbereich IV „Bildung, Jugend, Migration und Integration“ zugeordnet. Neben dem neuen Fachbereich sind hier die Fachbereiche Schule, Pädagogischer und Psychologischer Dienst, die Volkshochschule, der Fachbereich Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung sowie der Fachbereich Sport und Bäder vertreten. Damit sind wichtige Handlungsfelder der Integration nun in einem Geschäftsbereich zusammengefasst. Schnittstellen können nun auf kurzem Wege abgestimmt und weitere positive Impulse für die Integration in Krefeld generiert werden.

Unabhängig davon galt es gerade in den ersten Monaten des neu gegründeten Fachbereiches Migration und Integration, erste Herausforderungen zu meistern. Dazu gehörte zum Beispiel die Vielzahl von Auswahlverfahren, um die freien Stellen im Fachbereich nach zum Teil langen Vakanzen mit Personal zu besetzen. Auch Fragen in Bezug auf den städtischen Haushalt, zum Standort und zum Gebäude waren nach der Gründung des Fachbereichs dringend zu klären.

Es wurden in der Anfangszeit aber auch schon die Potenziale des integrierten Organisationsansatzes deutlich. Herausforderungen, die nur mit der Fachkompetenz aus den Aufgabenbereichen Migration, Integration, Unterbringung und Ehrenamt sinnvoll bearbeitet werden können, wurden schnell und unbürokratisch in der wöchentlich stattfindenden fachbereichsinternen Leitungsrunde gelöst.

Auch wenn sich der noch junge Fachbereich weiterhin in der Anfangsphase befindet, sind positive Entwicklungen also klar erkennbar. Mit seiner Gründung und der Neuordnung der Geschäftsbereiche ist eine optimale organisatorische Grundlage geschaffen worden, um Integration in Krefeld ganzheitlich anzugehen und dieses Integrationskonzept sowohl umzusetzen als auch weiterzuentwickeln.



STADT KREFELD

INNOVATIV – KREATIV – WELTOFFEN

Stadt Krefeld / Der Oberbürgermeister
Fachbereich Migration und Integration
Kommunales Integrationszentrum
Konrad-Adenauer-Platz 17
47803 Krefeld

www.krefeld.de

KI Kommunales
Integrationszentrum
Krefeld

Krefeld, im November 2018



